



IZA Prize in Labor Economics 2006 an David Card und Alan Krueger Festveranstaltung in Berlin

Der diesjährige IZA Prize in Labor Economics wurde am 8. November in Berlin von IZA-Präsident *Klaus Zumwinkel* (Vorstandsvorsitzender Deutsche Post World Net) an die beiden amerikanischen Arbeitsökonominnen *David Card* (University of California, Berkeley) und *Alan Krueger* (Princeton University) verliehen. Mit dieser Auszeichnung, die mit 50.000 Euro dotiert ist und zu den international wichtigsten Preisen in den Wirtschaftswissenschaften zählt, werden die großen Verdienste beider Wissenschaftler um die politikorientierte empirische Arbeitsmarktforschung insbesondere auf dem Gebiet von Bildung und Ausbildung gewürdigt. Die Entscheidung des IZA Prize Committee für Card und Krueger war auf der Grundlage zahlreicher Nominierungen aus dem Kreis der IZA Research Fellows gefallen und hatte bereits im Vorfeld der Preisverleihung große Zustimmung in Wissenschaftskreisen erfahren. Dem Auswahlgremium gehören die beiden Nobelpreisträger *Joseph Stiglitz* (Columbia University, New York) und *George Akerlof* (University of California, Berkeley) sowie *Richard Portes* (London Business School), *Armin Falk* (IZA-Direktor Forschung) und *Klaus F. Zimmermann* (IZA-Direktor) an.

Vor geladenem Publikum aus aller Welt erläuterte Zimmermann in seiner Laudatio die Preiswürdigkeit der Arbeiten von David Card und Alan Krueger: „Card und Krueger stimulieren die Arbeitsökonomie seit vielen Jahren immer wieder durch ihre originären Forschungsansätze, ihre praxisrelevanten Fragestellungen und insbesondere durch ihr Bestreben, als gesichert geltende Erkenntnisse mit dem Instrumentarium natürlicher Experimente kritisch zu hinterfragen. Dabei wenden sie sich hochaktuellen Fragestellungen zu, die auch für die deutsche Arbeitsmarktpolitik von großer Bedeutung sind.“ Zimmermann bezeichnete das Schaffen und den Einfluss Cards und Kruegers als „einzigartig“ und stellte die aktuellen Preisträger in eine Linie mit ihren Vorgängern *Jacob Mincer* (2002), *Orley Ashenfelter* (2003), *Edward Lazear* (2004) und *Dale Mortensen/Christopher Pissarides* (2005).



Zumwinkel, Krueger, Card, Zimmermann

>> In dieser Ausgabe

Zuwanderung – Die Rechnung geht auf

Die Zuwanderung nach Deutschland erzielt einen eindeutig positiven ökonomischen Effekt, obwohl sie bislang weitgehend ungesteuert verläuft und die Integration in den Arbeitsmarkt vernachlässigt. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des IZA. Die Untersuchung analysiert anhand von Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) den Saldo aus Transferbezügen, Steuer- und Beitragszahlungen der in Deutschland lebenden Zuwanderer mit ausländischer Staatsangehörigkeit für das Jahr 2004.

Jeder in Deutschland lebende Zuwanderer hat den Berechnungen zufolge im untersuchten Jahr rund 2.000 Euro mehr in die Sozial- und Staatskassen eingezahlt, als er aus ihnen erhalten hat. Auch in langfristiger Perspektive ist der positive Beitrag der Zuwanderer zur Stabilisierung des Sozialstaats von erheblicher Bedeutung. Die in der IZA-Studie vorgenommene Generationenbilanz nivelliert die günstigere Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung und belegt dennoch, dass jeder heute in Deutschland lebende Ausländer bis zu seinem Lebensende rein rechnerisch rund 11.600 Euro als Überschuss an die öffentlichen Kassen abgeführt haben wird. Bei 7,2 Millionen Ausländern in Deutschland summiert sich dieser Überschuss auf 84 Milliarden Euro.

Dieser positive Zuwanderungseffekt wird derzeit auf der Basis einer unter ökonomischem Blickwinkel unzureichenden Zuwanderungspolitik erzielt. Würde Deutschland eine aktive Auswahl von Zuwanderern anhand eines Punktesystems betreiben und vor allem auch die Integration der Zuwanderer unter Arbeitsmarktaspekten vorantreiben, ließe sich dieser Effekt noch wesentlich steigern. „Die Berechnungen des IZA stellen eine klare Aufforderung an die Politik dar, im Rahmen der anstehenden Überarbeitung des Zuwanderungsgesetzes ein Auswahlssystem zu etablieren, um den Nutzen der Zuwanderung weiter zu vergrößern“, so IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann*. [Seite 4](#)

[Dienstleistungssektor in Europa und USA](#) [Seite 8](#)

Preisbegründung des IZA-Preiskomitees

Der IZA Prize in Labor Economics des Jahres 2006 wird an die herausragenden amerikanischen Arbeitsmarktökonominnen *David Card* (University of California, Berkeley) und *Alan Krueger* (Princeton University) verliehen. Mit ihrer hochproduktiven Forschungsleistung haben sie die Agenda der Arbeitsökonomie entscheidend geprägt und neue Standards der empirischen Forschung im Bereich angewandter Wirtschaftswissenschaften gesetzt. Ihre Studien richten sich auf die Analyse von Fragen mit einer hohen Praxis- und Politikrelevanz, und ihre Forschungsergebnisse nehmen nicht von ungefähr erheblichen Einfluss auf die internationale Diskussion um die Perspektiven der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. David Card und Alan Krueger zählen zu den führenden Autoritäten auf dem Gebiet der forschungsbasierten Politikberatung.

Mit einem bemerkenswerten Sinn für die angemessene Dosis ausgefeilter ökonomischer Methoden haben Card und Krueger verblüffende Fakten aus verfügbaren Daten oder „natürlichen Experimenten“ zu Tage gefördert, die andernfalls unentdeckt geblieben wären. Viele ihrer Erkenntnisse haben grundlegende Debatten innerhalb der Arbeitsökonomie angestoßen und zu zahlreichen nachfolgenden Arbeiten angeregt. Da sie die herkömmlichen Ansichten des Faches im Rahmen ihrer Forschungsarbeiten nicht selten in Frage stellten, wurden ihre überraschenden neuen Ergebnisse bisweilen mit Skepsis und kritischer Distanz aufgenommen. Aber David Card und Alan Krueger überzeugten viele Zweifler mit ihren tiefgehenden Analysen, die auf sorgfältig angelegten Forschungsstrategien fußen und ihr ausgezeichnetes Wissen über die Details der benutzten Daten widerspiegeln. Cards und Kruegers Arbeiten stecken voller methodologischer Schlüsselbeiträge zu Instrumentalvariablen-schätzung, Messfehlern oder der Benutzung natürlicher Experimente. Sie haben den quasi-experimentellen Ansatz zur Modellierung kausaler Effekte als transparente wissenschaftliche Methodik bedeutend vorangebracht. Ihre Studien umfassen viele brillante Beispiele natürlicher Experimente, die zur Verbreitung dieser hochwirksamen Analysemethoden in einer breiten wirtschaftswissenschaftlichen Literatur entscheidend beigetragen haben.

Inhaltlich konzentrieren sich die Forschungsarbeiten von David Card und Alan Krueger auf die Einschätzung der Effekte von Ausbildung und institutionellen Faktoren auf den Arbeitsmarkterfolg. Card und Krueger haben zusammen, einzeln und mit verschiedenen namhaften Koautoren viele wegweisende Beiträge geleistet, die unser Verständnis der Faktoren, die die Lohnstruktur bedingen und Ungleichheit formen, vertieft haben. Kruegers gemeinsamer Artikel mit Lawrence Summers über sektorale Lohnendifferenziale – nach wie vor eine der meistzitierten Arbeiten der Arbeitsökonomie – zeigte auf, dass ein Teil der beobachteten sektoralen Lohnendifferenziale auf einen Mangel an Wettbewerb zurückzuführen ist. Seit dem Beginn seiner Karriere hat Alan Krueger wiederholt die Rolle von Institutionen wie Gewerkschaften, Betriebsräten und impliziten Verträgen für den Arbeitsmarkterfolg analysiert und herausgearbeitet, dass Arbeitsverhältnisse zu komplex sind, um mit dem traditionellen Wettbewerbsmodells hinreichend beschrieben werden zu können. In ähnlicher Weise unterstreichen David Cards Arbeiten zu Gewerkschaften und Tarifverhandlungen die Auswirkung dieser Arbeitsmarktinstitutionen auf Lohnbildung, Beschäftigung und – daraus folgend – Ungleichheit. Unter anderem konnte er belegen, dass Gewerkschaften zu geringerer Lohnstreuung beitragen, indem sie dafür sorgen, dass die Gehälter von geringer qualifizierten Arbeitnehmern unverhältnismäßig angehoben werden. In einer weiteren vielbeachteten Studie über die Effekte von Zuwanderung auf Löhne und Beschäftigung von Inländern hat Card eine plötzliche Wanderungswelle von Kubanern nach Miami im Jahr 1980 („Mariel Boatlift“) auf ungemein kreative Weise als natürliches Experiment benutzt. Indem er die Arbeitsmarktentwicklung in Miami mit derjenigen verschiedener ähnlicher Städte verglich, beantwortete Card die kontrafaktische Frage, wie sich Löhne und Arbeitslosigkeit in Miami ohne den Zuwanderungsstrom entwickelt hätten. Auf diese Weise konnte er den Nachweis erbringen, dass Einwanderung praktisch keine nachteiligen Effekte auf die Beschäftigungsaussichten von geringer Qualifizierten hat.

David Card und Alan Krueger haben die Literatur zum Thema Humankapital entscheidend vorangetrieben. Mehrere bekannte Studien, die Alan Krueger zusammen mit verschiedenen anderen Wissenschaftlern erstellt hat, entwickeln innovative Messtechniken, schlagen neuartige Instrumente vor oder benutzen einzigartige Datensätze, um

verlässliche Schätzungen der Erträge von Bildung und Ausbildung zu erhalten. Auch David Card hat späteren Folgestudien einen besonderen Stimulus gegeben, indem er ein allgemeines Modell zu den ökonomischen Aspekten entwarf, die mit der Schätzung der Ausbildungserträge bei endogenen Ausbildungsentscheidungen verbunden sind. In früheren Arbeiten hatte er zusammen mit Thomas Lemieux eine ökonomische Methodik konzipiert, die es ermöglicht, das Ausmaß zu bewerten, in dem Änderungen der Erträge von beobachteten und unbeobachteten Fähigkeiten Veränderungen in Lohnendifferenzialen bedingen können.

In einer Reihe gemeinsamer Studien sind Card und Krueger der Frage nachgegangen, inwieweit Schulqualität den späteren Arbeitsmarkterfolg beeinflusst. Während die frühere Literatur keine eindeutigen Ergebnisse lieferte und daraus schloss, dass keine Beziehung zwischen Schulqualität und standardisierten Testergebnissen bestehe, verlagerten Card und Krueger die Diskussion von der reinen Prüfungsleistung der Schüler auf deren späteren Arbeitsmarkterfolg. Ihre Studien haben die Diskussion über Verbesserungen der Schulqualität und deren ökonomische Messung wesentlich geprägt. Indem sie verschiedene Dimensionen und Maße der Schulqualität in den USA – von der Klassenstärke über die durchschnittliche Länge des Schuljahres in Schulstunden bis hin zur Entlohnung der Lehrer – evaluierten, konnten sie Beweise für einen positiven Kausalzusammenhang zwischen der Schulqualität und den ökonomischen Erträgen der Ausbildung erbringen. Kruegers Folgestudien zu den Effekten der Klassengröße und den Erträgen des Besuchs einer Hochschule mit selektiveren Eingangsvoraussetzungen erhärten diese Ergebnisse. Die Arbeiten von Card und Krueger zur Schulqualität unterstreichen eindrucksvoll die Rolle einer Politik zur Förderung der Humankapitalbildung bei der Reduzierung von sozialer Ungleichheit.

Auch Cards und Kruegers gemeinsame Arbeit zur Ökonomie der Mindestlöhne spiegelt ihre Originalität und ihren Stil der empirischen Forschung wider. Sie ist zugleich ein Paradebeispiel für die Spuren, die beide Wissenschaftler in der Forschung wie auch der politischen Debatte hinterlassen haben, indem sie mit kontroversen Forschungsergebnissen die etablierten Wirtschaftswissenschaften aufrüttelten und intensive Debatten unter Ökonomen und politischen Entscheidungsträgern anstießen. In einer Studienreihe, die in ihrem Buch „Myth and Measurement: The New Economics of the Minimum Wage“ festgehalten ist, führten Card und Krueger empirische Belege aus verschiedenen Arbeitsmärkten, verschiedenen Perioden und unterschiedlichen US-Bundesstaaten zusammen, die insgesamt darauf hinweisen, dass – im Gegensatz zu den Vorhersagen des traditionellen Arbeitsmarktmodells – höhere Mindestlöhne die Beschäftigung in den USA nicht drücken. In einer ihrer bekanntesten Studien untersuchten sie 410 Fast-Food-Restaurants in New Jersey und Pennsylvania bevor und nachdem der Mindestlohn in New Jersey, jedoch nicht im Nachbarstaat, um 20 Prozent angehoben wurde. Indem sie die Ergebnisse vor und nach der Erhöhung innerhalb und zwischen den Staaten vergleichen, bewerten sie die Effekte der Änderung des Mindestlohns. Dieses exzellente Beispiel für den kausalen Rückschluss aus einem natürlichen Experiment illustriert die Wirksamkeit des quasi-experimentellen Ansatzes als transparente empirische Strategie in der Arbeitsökonomie und regte eine reichhaltige nachfolgende Fachliteratur an.

Der Einfluss von Card und Krueger wird auch auf vielen anderen Feldern der Wirtschaftswissenschaften spürbar. Ihre Art der empirischen Forschung wurde zu einem Vorbild für die Forschungsmethodik des gesamten ökonomischen Metiers. Der IZA Prize 2006 ehrt die Arbeit zweier Forscher, die nicht allein der Arbeitsmarktforschung zu viel Schwung und Forschergeist verholten haben.

George A. Akerlof (University of California, Berkeley)

Armin Falk (IZA, Universität Bonn)

Richard Portes (London Business School, CEPR)

Joseph E. Stiglitz (Columbia University, New York)

Klaus F. Zimmermann (IZA, Universität Bonn)



Hoher Praxisbezug der Forschungsarbeiten

Hervorzuheben sind insbesondere die Analysen der Preisträger zu Bildung, Ausbildung und Humankapitalentlohnung. Eine „gute“ Schule nimmt nach den Untersuchungen Cards und Kruegers einen solch entscheidenden Einfluss auf den späteren beruflichen Erfolg, dass einer zielgerichtet auf bessere Schulqualität orientierten Bildungspolitik angesichts der problematischen PISA-Resultate gerade auch in Deutschland stärkere Bedeutung zugemessen werden sollte. „Deshalb muss zwischen den Schulen mehr Wettbewerb hergestellt und die Leistungsorientierung belohnt werden“, so Zimmermann.

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeiten Cards und Kruegers stellen Analysen zum Einfluss von Arbeitsmarktinstitutionen wie

den Gewerkschaften auf die Lohnentwicklung dar. Den Untersuchungsergebnissen der Preisträger zufolge führen ein reduzierter gewerkschaftlicher Organisationsgrad und die damit einhergehende geringere Tarifverhandlungsmacht der Gewerkschaften zu deutlich mehr Lohnspreizung auf dem Arbeitsmarkt.

Ähnlich eindeutig sind die Forschungsergebnisse David Cards zu den ökonomischen Folgen von Zuwanderung. Anhand eines natürlichen Experiments konnte Card den Nachweis erbringen, dass Zuwanderung keine negativen Arbeitsmarktwirkungen hervorruft, sondern im Gegenteil eine bedarfsgerecht gesteuerte Zuwanderung zum Vorteil einer Volkswirtschaft ist.

Auch dem Thema Mindestlohn haben sich Card und Krueger gemeinsam zuge-

wandt. Ihre umfangreichen Untersuchungen förderten zutage, dass ein höherer Mindestlohn in den USA nicht notwendigerweise mehr Arbeitslosigkeit hervorrufen muss – ein Forschungsergebnis, das freilich auf Deutschland nicht ohne weiteres übertragen werden kann und bis heute in der Ökonomie kontrovers diskutiert wird.

Mit ihren mitunter provokanten Studien haben die Preisträger entscheidend zur stärkeren Fokussierung der internationalen Arbeitsmarktforschung auf Fragen von politischer Bedeutung beigetragen und gezeigt, welche Relevanz qualitativ hochwertige Grundlagenforschung für die Politik hat.

Anlässlich der Preisverleihung fand zunächst eine hochrangig besetzte IZA Prize Conference zu Ehren der Preisträger statt, zu der auch *Dale Mortensen* (Northwestern University) als Preisträger des Vorjahres angereist war. In Vertretung des deutschen Vizekanzlers und Bundesministers für Arbeit und Soziales, *Franz Müntefering*, referierte am Abend sein Parlamentarischer Staatssekretär, *Franz Thönnes*, als Gastredner zum Thema „Politik für Arbeit – Teilhabe und Vertrauen in soziale Sicherheit stärken“. Dabei hob auch er den hohen Aktualitätsbezug der Arbeiten Cards und Kruegers hervor und würdigte den Stellenwert des IZA in der arbeitsmarktpolitischen Beratung.

Mit der Verleihung des IZA Prize in Labor Economics möchte das IZA die Erforschung der internationalen Arbeitsmärkte stimulieren. Die große Bedeutung dieser Auszeichnung wird auch durch die Resonanz im öffentlichen Raum unterstrichen. Zur sechsten Preisverleihung im kommenden Jahr hat Bundespräsident *Horst Köhler* seine Zusage als Gastredner gegeben.



IZA Prize Conference, 7.–8. November 2006

Kosten-Nutzen-Bilanz der Zuwanderung: Öffentliche Haushalte profitieren vom Beitrag der in Deutschland lebenden Ausländer

In der aktuellen deutschen Debatte um Zuwanderung und Integration spielen vor allem Aspekte der Zuwanderungsbegrenzung und Inneren Sicherheit sowie des Spracherwerbs und der besseren gesellschaftlichen Eingliederung durch staatliche Integrationskurse eine Rolle. Gleichzeitig wird die nach wie vor angespannte Arbeitsmarktlage als Bestätigung genommen, dass es richtig gewesen sei, im Rahmen des ersten deutschen Zuwanderungsgesetzes, das seit Januar 2005 in Kraft ist, auf eine aktive Auswahl von Migranten im Rahmen eines Punkte- und Quotensystems zu verzichten. Der seit Juli 2006 vorliegende erste Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum neuen Zuwanderungs- und Integrationsgesetz sieht unter Verweis auf die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland jedenfalls weiterhin keinen Anlass für eine stärker ökonomisch motivierte Zuwanderung. Auch das erst kürzlich beschlossene Bleiberecht für Zuwanderer ohne Daueraufenthaltsstatus ist eng gefasst und wird davon abhängig gemacht, dass in kurzer Frist ein Arbeitsplatz gefunden wird.

Dementsprechend wird der Blick auf die fiskalische Dimension von Zuwanderung und Integration nur allzu oft auf die Frage der Verhinderung einer etwaigen „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ verengt und die schwierige Arbeitsmarktlage vieler Zuwanderer und ihrer Familienangehörigen als eine Belastung für die öffentlichen Haushalte thematisiert. Die Tatsache, dass die in Deutschland lebenden Zuwanderer mehrheitlich gut in den Arbeitsmarkt integriert sind und folglich einen nennenswerten Finanzierungsbeitrag zu den öffentlichen Haushalten leisten, gerät dabei gern aus dem Blickfeld.

Vor diesem Hintergrund hat das IZA eine Studie zur Kosten-Nutzen-Bilanz der Zuwanderung nach Deutschland vorgelegt. Sie kommt am Beispiel des Untersuchungsjahres 2004 zu einem sehr eindeutigen Ergebnis: Die Zuwanderung nach Deutschland erzielt einen eindeutig positiven ökonomischen Effekt, obwohl sie bislang weitgehend ungesteuert verläuft und die Integration in den Arbeitsmarkt vernachlässigt (*Holger Bonin, Der Finanzierungsbeitrag der Ausländer zu den deutschen Staatsfinanzen: Eine Bilanz für 2004, IZA Discussion Paper No. 2444*).

Die Untersuchung analysiert anhand von Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) den Saldo aus Transferbezügen,

Steuer- und Beitragszahlungen der in Deutschland lebenden Zuwanderer mit ausländischer Staatsangehörigkeit für das Jahr 2004. Jeder in Deutschland lebende Zuwanderer hat den Berechnungen zufolge im untersuchten Jahr rund 2.000 Euro mehr in die Sozial- und Staatskassen eingezahlt, als er aus ihnen erhalten hat. Auch in langfristiger Perspektive ist der positive Beitrag der Zuwanderer zur Stabilisierung des Sozialstaats von erheblicher Bedeutung. Die in der IZA-Studie vorgenommene Generationenbilanz nivelliert die günstigere Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung und belegt dennoch, dass jeder heute in Deutschland lebende Ausländer bis zu seinem Lebensende rein rechnerisch rund 11.600 Euro als Überschuss an die öffentlichen Kassen abgeführt haben wird. Bei 7,2 Millionen Ausländern in Deutschland summiert sich dieser Überschuss auf 84 Milliarden Euro.

Dieser positive Zuwanderungseffekt wird derzeit auf der Basis einer unter ökonomischem Blickwinkel unzureichenden Zuwanderungspolitik erzielt. Würde Deutschland eine aktive Auswahl von Zuwanderern anhand eines Punktesystems betreiben und vor allem auch die Integration der Zuwanderer unter Arbeitsmarktaspekten vorantreiben, ließe sich dieser Effekt noch wesentlich steigern.

Grundlage dieser Bilanz sind altersspezifische Profile, die mit Hilfe von repräsentativen Individualdaten aus dem Sozio-ökonomischen Panel geschätzt wurden. Eine Altersgliederung ist notwendig, da die zu analysierenden Finanzströme zwischen Individuen und Staat teilweise stark altersabhängig sind und sich der derzeitige Altersaufbau von deutscher und ausländischer Bevölkerung deutlich unterscheidet. Der vorteilhafte Altersquerschnitt der ausländischen Bevölkerung, in der die Jahrgänge mit positivem Finanzierungsbeitrag im Haupterwerbsalter von 20 bis 60 Jahren ein stärkeres Gewicht haben als in der deutschen Bevölkerung, begünstigt daher auch das positive Bilanzierungsergebnis. Allerdings unterliegt auch die ausländische Bevölkerung einem Alterungsprozess. Der wachsende Rentneranteil wird den Finanzierungsbeitrag daher in Zukunft verschlechtern. Dennoch bleibt die Bilanz – ein moderates Wirtschaftswachstum in der Zukunft vorausgesetzt – für die in Deutschland lebenden Ausländer positiv.

Der zu Grunde liegende Datensatz des deutschen Sozio-ökonomischen Panels ist eine seit 1984 laufende jährliche Wiederholungsbefragung von Deutschen, Ausländern und Zuwanderern in den alten und neuen Bundesländern. Die Stichprobe umfasste im Erhebungsjahr 2004 fast 12.000 Haushalte mit mehr als 22.000 Personen. Auf Grundlage des SOEP können Altersprofile nach Nationalität für 33 verschiedene Steuern und Transfers generiert werden. Darüber hinaus wurden auf Grundlage des Staatsbudgets (► Tabelle) die Altersprofile für Deutsche und Ausländer zusätzlich mit einem proportionalen Faktor so gewichtet, dass sich unter Berücksichtigung des deutschen und ausländischen Bevölkerungsbestands das Einnahmen- und Ausgabenniveau für das Jahr 2004 ergibt.

Strukturunterschiede beim Finanzierungsbeitrag von Deutschen und Ausländern

Der Finanzierungsbeitrag ergibt sich als Summe der durchschnittlichen altersspezifischen Steuer- und Beitragszahlungen pro Kopf abzüglich der durchschnittlichen Transferbezüge (► Abbildung). Unabhängig von der Staatsangehörigkeit zeigt sich ein charakteristisches Altersmuster: Der Finanzierungsbeitrag von Kindern und Jugendlichen ist negativ. Diese Bevölkerungsgruppe trägt nur geringe Steuern (auf den Konsum), erhält jedoch hohe Transfers. Neben relativ hohen Gesundheitskosten, vor allem im Kleinkindalter, sind dies vor allem die Vorteile durch kostenfreie Schulbildung und das Kindergeld.

Mit Eintritt in das Erwerbsleben wird der Finanzierungsbeitrag positiv. Über die Erwerbsphase hinweg folgt der Überschuss der individuellen Steuer- und Beitragszahlungen über die Transferbezüge im Wesentlichen dem Verlauf des durchschnittlichen Erwerbseinkommens. Das Profil reflektiert vor allem die Produktivitätsentwicklung während des Erwerbslebens und die Beschäftigungsquote. Entsprechend wird der höchste Finanzierungsbeitrag im Alter von 40 bis 45 Jahren geleistet.

Ab etwa 50 Jahren fällt der Finanzierungsbeitrag deutlich ab, weil zunehmend Personen von Arbeitslosigkeit betroffen sind oder in den Ruhestand eintreten und damit weniger Steuern und Beiträge auf Lohneinkommen entrichten. Spätestens mit Eintritt in den Ruhestand werden die Individuen wieder zu Nettotransferempfängern. Es fallen nur noch relativ wenige Steuern an. Da Renten de facto kaum direkt besteuert werden, handelt es sich überwiegend um die Beitragszahlungen der Rentner zur Kranken- und Pflegeversicherung, Steuern auf Kapital sowie Verbrauchsteuern, wobei

Staatliche Einnahmen und Ausgaben 2004

Einnahmen		Ausgaben	
Lohnsteuern		Sozialversicherungen	
Lohn- und Einkommensteuer inkl. Solidaritätszuschlag	197471	Rentenversicherung	213920
		Krankenversicherung	139140
Kapitalsteuern		Arbeitslosenversicherung	
auf Grundbesitz	14610	Pflegeversicherung	16510
auf Kapitalbesitz	51969	Unfallversicherung	9690
auf Besitz	4363	Transfers	
Indirekte Steuern		Mutterschaftsgeld	3070
Mehrwertsteuer 7%	7938	Sozialhilfe	26351
Mehrwertsteuer 16% und sonstige Verbrauchsteuern	145042	Wohngeld	5090
Mineralölsteuer	41710	Jugendhilfe	18536
Kfz-Steuer	7739	Kindergeld	34600
Versicherungssteuer	8740	BAföG	1450
Tabaksteuer	13760	Bildung	
Beiträge (Arbeiter)		Grund-/ Haupt-/ Realschulen	17969
Rentenversicherung	147370	Gymnasien/Gesamtschulen	10342
Kranken- und Pflegeversicherung	118130	Hochschulen (ohne Klinika)	17656
Arbeitslosenversicherung	48790	Berufs- und Fachschulen	5744
Unfallversicherung	10880	Kindergarten	11431
Beiträge (Rentner)		Sprach- und Integrationskurse	200
Kranken- und Pflegeversicherung	17070		
Defizit	81200	Zinszahlungen	62910
Sonstige Einnahmen	91348	Sonstige Ausgaben	366251
Gesamt	1008130	Gesamt	1008130

© IZA - 2006



der Konsum im Alter tendenziell abnimmt. Gleichzeitig erhalten die Rentner die höchsten staatlichen Transfers - neben den Renten selbst sind dies vor allem Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung.

Vergleicht man den Finanzierungsbeitrag von Deutschen und Ausländern, zeigen sich bei Kindern und Jugendlichen sowie bei Älteren relativ geringe Unterschiede. Ausländische Kleinkinder erhalten leicht geringere, Kinder und Jugendliche leicht höhere Transfers als gleichaltrige Deutsche. Die insgesamt geringen Niveauunterschiede verdecken hier allerdings einige bemerkenswerte Strukturunterschiede. Bei ausländischen Kindern entstehen höhere

staatliche Ausgaben durch Sozialhilfe und Kindergeld, aber gleichzeitig niedrigere Ausgaben durch seltenere Arztbesuche und den überdurchschnittlich häufigen Besuch von Schulformen (Haupt- und Realschulen) mit geringeren Kosten pro Schüler.

Bei den Älteren wird der Finanzierungsbeitrag der Ausländer etwas früher negativ als bei den Deutschen. Verantwortlich hierfür ist die höhere Altersarbeitslosigkeit. Im weiteren Verlauf liegt der Transfer, den die Ausländer abzüglich der erbrachten Steuern und Beiträge erhalten, dann teils leicht unterhalb, teils leicht oberhalb des Nettotransfers an gleichaltrige Deutsche. Wiederum verbergen sich hinter den ähnlichen

Niveauwerten markante strukturelle Unterschiede. Die Rentenzahlungen an Ausländer sind - wegen der geringeren Löhne und häufig unterbrochener Erwerbsbiographien - deutlich geringer als bei Deutschen. Jüngere ausländische Rentner nehmen zudem seltener einen Arzt in Anspruch. Den niedrigeren Transfers stehen auf der anderen Seite niedrigere Steuerzahlungen der ausländischen Rentner gegenüber. Wegen des niedrigeren Alterseinkommens fallen weniger Konsumsteuern an. Bedeutsam sind jedoch auch niedrigere Steuern auf Kapital als Folge deutlich geringerer Vermögen.

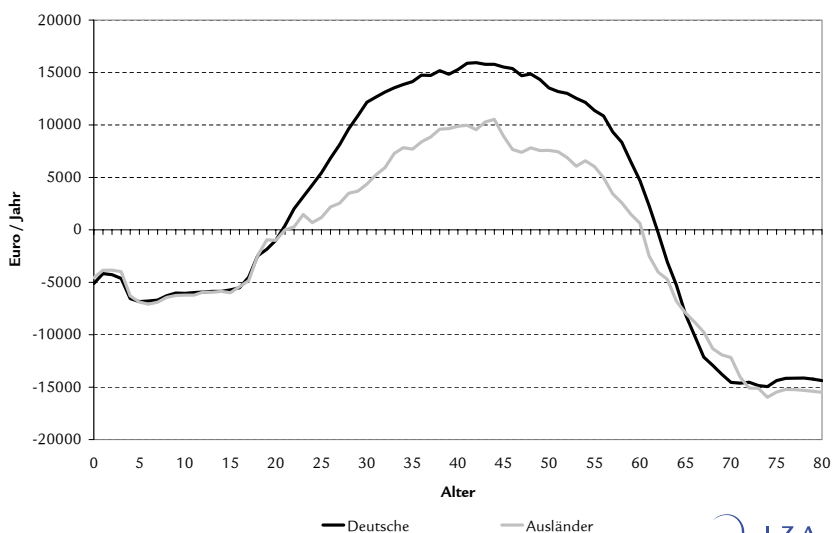
In der Höhe stark unterschiedlich ist der positive Finanzierungsbeitrag von Deutschen und Ausländern während der Erwerbsphase. Bei den Ausländern wächst der Finanzierungsbeitrag zu Beginn der Erwerbsphase deutlich langsamer als bei den Deutschen. Dies ist ein Ausdruck von spezifischen Schwierigkeiten beim Berufseinstieg, die mit einer relativ hohen Jugendarbeitslosigkeit einhergehen. Am Höhepunkt in der Mitte der Erwerbsphase ist der durchschnittliche Finanzierungsbeitrag der Ausländer mit rund 10.000 Euro pro Jahr um gut ein Drittel geringer als der Finanzierungsbeitrag der Deutschen. Dies ist vor allem Ausdruck des Lohnrückstands der Ausländer, aber auch der niedrigeren Beschäftigungsquote dieser Bevölkerungsgruppe. Neben dem sehr geringen Vermögen sind sie der Grund, warum der Finanzierungsbeitrag der Ausländer in der zweiten Erwerbshälfte relativ weit zurückbleibt.

Laufender Finanzierungsbeitrag: Auch für Ausländer klar positiv

Um den aktuellen Finanzierungsbeitrag der ausländischen und deutschen Bevölkerung zu den öffentlichen Haushalten zu ermitteln, wurden die Zahlungsprofile mit der jeweiligen Altersstruktur gewichtet. Hierbei ist die ausländische Bevölkerung im Vorteil: Nur 9,1 Prozent der Ausländer sind derzeit älter als 60 Jahre und damit Nettoempfänger staatlicher Leistungen. Bei den Deutschen beträgt der Bevölkerungsanteil dieser Altersgruppe dagegen 22,0 Prozent. Umgekehrt ist der Bevölkerungsanteil in der Erwerbsphase von 20-60 Jahren, während der die Bürger einen positiven Finanzierungsbeitrag zu den staatlichen Kassen leisten, bei den Ausländern (68,2 Prozent) erheblich höher als bei den Deutschen (55,9 Prozent).

Dieser Altersstruktureffekt verbessert den Finanzierungsbeitrag der ausländischen Bevölkerung im relativen Vergleich. Zwar zahlen Ausländer pro Kopf mit 7.400 Euro im Durchschnitt rund 32 Prozent weniger Steuern als Deutsche (10.800 Euro), jedoch erhalten Ausländer wegen des niedri-

Finanzierungsbeiträge nach Alter und Nationalität 2004



© IZA - 2006



gen Rentneranteils derzeit auch niedrigere Transfers. Pro Kopf der ausländischen Bevölkerung liegen die in Anspruch genommenen staatlichen Transferleistungen bei 5.500 Euro, die der deutschen Bevölkerung bei 7.800 Euro. Im Saldo beträgt der Überschuss der Steuern und Beiträge über die Transfers bei den Ausländern pro Kopf rund 2.000 Euro, bei den Deutschen dagegen 3.400 Euro. Der durchschnittliche Finanzierungsbeitrag der Ausländer ist somit derzeit zwar spürbar geringer als der der Deutschen, jedoch klar positiv.

In der Zusammenschau der Einnahmen und Ausgaben des Staates pro Kopf (▼ Tabelle) ergibt sich ein zweigeteiltes Bild: Auf der Einnahmenseite liegt die ausländische Bevölkerung bei allen Steuern und Beiträgen mit Ausnahme der Tabaksteuer hinter der deutschen Bevölkerung zurück. Am geringsten ist der Abstand bei den Beiträgen der Arbeitnehmer zur Sozialversicherung und der Mehrwertsteuer mit ermäßigtem Satz. Bei der Einkommensteuer und den übrigen indirekten Steuern sind die Zahlungen der Ausländer pro Kopf zwischen 30 und 40 Prozent niedriger als die Zahlungen der Deutschen. Massiv ist der Rückstand der Ausländer bei den Steuern auf Kapital. Wegen sehr geringer Vermögensbestände erreichen die Steuerzahlungen der Ausländer hier kaum 20-30 Prozent der Pro-Kopf-Zahlungen der Deutschen.

Auf der Ausgabenseite verhält es sich dagegen differenzierter: Die hohe Arbeitslosigkeit unter den Ausländern zeigt sich anhand der massiv höheren Ausgaben pro

Kopf für Arbeitslosengeld und Sozialhilfe. Bei den übrigen Sozialversicherungen profitieren Ausländer aber derzeit weniger von Leistungen als Deutsche. Im Falle der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung liegt dies überwiegend am relativ günstigen Altersaufbau der ausländischen Bevölkerung. Allerdings ist auch die altersspezifische Inanspruchnahme der Sozialversicherungsleistungen tendenziell geringer. In der Rentenversicherung reflektiert dies die Bemessung der Leistungen an der individuellen Beitragshistorie, in der Krankenversicherung zeigen die Daten für Ausländer – mit Ausnahme der obersten Altersjahrgänge – seltenere Arztbesuche und kürzere Klinikaufenthalte. Ausländer erhalten im Vergleich zu Deutschen pro Kopf weniger Wohngeld, Mutterschaftsgeld und BAföG-Leistungen. Die vergleichsweise geringe Inanspruchnahme mag mit mangelnder Information über diese relativ kompliziert konstruierten Sozialleistungen zusammenhängen.

Andererseits erhalten Ausländer als Ergebnis einer höheren Geburtenrate pro Kopf leicht mehr Kindergeld. Die Ergebnisse zu den Bildungsaufwendungen reflektieren die unterschiedlichen Ausbildungskarrieren bei Ausländern und Deutschen. Überraschend erscheint der geringe Rückstand der Ausländer bei den Aufwendungen für Hochschulen. Hier kompensiert wiederum ein Altersstruktureffekt die deutlich niedrigere Inanspruchnahme tertiärer Bildung durch die Ausländer: In der relevanten Altersgruppe von 20-30 Jahren sind 22,3 Prozent der ausländischen Bevölkerung, dagegen nur 12,4 Prozent der deutschen Bevölkerung.

Vorausschauender Finanzierungsbeitrag: Die Rechnung geht auf

Der positive laufende Finanzierungsbeitrag der Ausländer ist unter anderem Ergebnis der derzeit günstigen Altersstruktur dieser Bevölkerungsgruppe, in der Beitrags- und Lohnsteuerzahler im Erwerbsalter stark, Transferempfänger im Rentenalter dagegen nur sehr schwach vertreten sind. Angesichts der Abhängigkeit der individuellen Finanzierungsbeiträge vom Alter ist jedoch absehbar, dass sich der Finanzierungsbeitrag dieses Bevölkerungsteils verschlechtern wird, wenn in Zukunft mehr Ausländer in die Rente eintreten.

Der mittlere fernere Finanzierungsbeitrag gibt für eine repräsentative Person eines bestimmten Alters den durchschnittlichen Finanzierungsbeitrag bis an das Lebensende an, und zwar unter der Voraussetzung, dass die im Ausgangsjahr gültigen altersspezifischen Überlebensraten ebenso wie die fiskalpolitischen Parameter, abgesehen von einem konstanten Wachstumsfaktor, über das verbleibende Leben konstant sind (► Abbildung).

Ein positiver mittlerer fernere Finanzierungsbeitrag bedeutet, dass über den verbleibenden Lebenszyklus betrachtet die Steuer- und Beitragszahlungen eines repräsentativen Mitgliedes einer Alterskohorte höher sind als die vom Staat empfangenen Transferleistungen. Da nur heute und zukünftig geleistete Zahlungen, nicht aber vergangene Zahlungen in das Maß eingehen, ergibt sich ein typisches Altersmuster. Anfangs wächst der mittlere Finanzierungsbeitrag mit jedem weiteren Lebensjahr stetig an, da einerseits immer mehr Ausbildungs- und auf Kinder und Jugendliche beschränkte Leistungen des Staates entfallen, andererseits die während des Erwerbslebens anfallenden Steuerzahlungen und Sozialversicherungsbeiträge einer zunehmend schwächeren Diskontierung unterliegen.

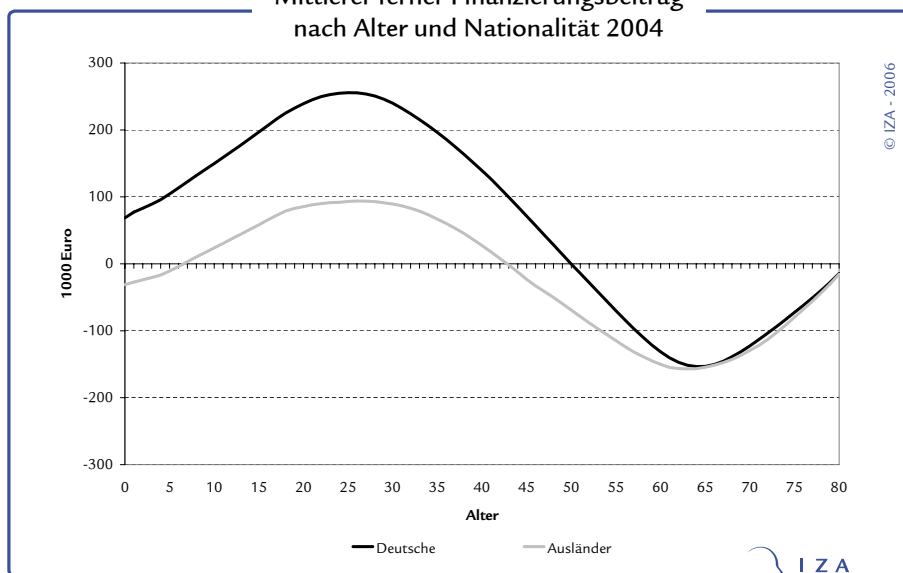
Ab dem Alter, in dem Individuen im Durchschnitt ihre Ausbildung beendet haben und ins Erwerbsleben eingetreten sind, beginnt sich der Verlauf umzukehren. Der fallende Verlauf der mittleren ferneren Finanzierungsbeiträge bis zum Renteneintrittsalter erklärt sich durch das in der Vorausschau zunehmend kürzer werdende Erwerbsleben, wodurch immer weniger Einkommensteuern und Beiträge berücksichtigt werden, während gleichzeitig die im Ruhestand empfangenen Transferleistungen einer abnehmenden Diskontierung unterliegen. Ab dem Alter, in dem der größte Anteil einer Alterskohorte das Rentenalter erreicht hat, kehrt sich der Verlauf der mittleren ferneren Finanzierungsbeiträge erneut um.

Staatliche Einnahmen und Ausgaben pro Kopf 2004

Einnahmen	Ausgaben		
	Deutsche	Ausländer	
	Deutsche	Ausländer	
Lohnsteuern	Sozialversicherungen		
Lohn- und Einkommensteuer inkl. Solidaritätszuschlag	2582	1532	
Kapitalsteuern	Rentenversicherung	2876	863
	Krankenversicherung	1835	921
	Arbeitslosenversicherung	519	1361
auf Grundbesitz	197	53	
auf Kapitalbesitz	705	143	
auf Besitz	59	14	
Indirekte Steuern	Pflegeversicherung	257	155
	Mehrwertsteuer 7%	101	85
	Mehrwertsteuer 16% und sonstige Verbrauchsteuern	1892	1166
	Mineralölsteuer	541	370
Beiträge (Arbeitnehmer)	Kfz-Steuer	100	67
	Versicherungssteuer	115	56
Beiträge (Rentner)	Tabaksteuer	171	200
	Kranken- und Pflegeversicherung	230	69
Gesamt	10831	7414	
	Gesamt	7473	5460

© IZA - 2006

Mittlerer ferner Finanzierungsbeitrag
nach Alter und Nationalität 2004



Die Barwerte der verbleibenden netto empfangenen Transferleistungen nehmen aufgrund der schrumpfenden mittleren ferneren Lebenserwartung stetig ab.

Wie erwartet, erscheint die fiskalische Bilanz der ausländischen Bevölkerung in Deutschland deutlich ungünstiger, wenn man eine vorausschauende Betrachtungsweise wählt, die den künftigen Alterungsprozess einbezieht (▲ Abbildung). In der ausländischen Bevölkerung leisten sehr viel weniger Altersjahrgänge einen positiven ferneren Finanzierungsbeitrag als in der deutschen Bevölkerung. Ausländer, die 2004 geboren sind, werden unter gegenwärtigen Bedingungen über den gesamten Lebenszyklus hinweg im Gegenwartswert rund 31.000 Euro mehr an Transfers erhalten als sie an Steuern und Beiträgen zahlen. Dagegen sind gerade geborene Deutsche netto Steuerzahler: Sie zahlen im Verlauf ihres Lebens durchschnittlich rund 69.000 Euro mehr Steuern und Beiträge als sie an Transfers empfangen. Ein positiver fernere Finanzierungsbeitrag ergibt sich für die ausländische Bevölkerung nur im Alter von 7 bis 42 Jahren. Am Höhepunkt für den Altersjahrgang der 26jährigen beläuft sich der verbleibende Finanzierungsbeitrag über den Lebenszyklus im Gegenwartswert auf fast 94.000 Euro. Allerdings liegt der fernere Finanzierungsbeitrag für gleichaltrige Deutsche mit 255.000 Euro sehr deutlich darüber. Bei der Bevölkerung im Rentenalter sind die fernere netto empfangenen Transfers in beiden Bevölkerungsgruppen annähernd gleich hoch.

Die gezeigten Beträge sind Durchschnittsbeträge je Mitglied eines Altersjahrgangs. Um den gesamten ferneren Finanzierungsbeitrag der Ausländer abzuschätzen, muss allerdings die Stärke der einzelnen Jahrgänge berücksichtigt werden. Wie beim

laufenden Finanzierungsbeitrag bestärkt ein Altersstruktureffekt die Position der Ausländer. Der Bevölkerungsanteil der Altersjahrgänge mit positiven ferneren Finanzierungsbeiträgen bei den Ausländern beträgt 63,4 Prozent. Dies ist nur unwesentlich weniger als bei den Deutschen (65,5 Prozent), obwohl bei letzteren auch die Altersjahrgänge von 0 bis 6 Jahren und von 43 bis 50 Jahren einen entsprechend positiven Beitrag aufweisen. Die Alterskohorten mit den höchsten ferneren Finanzierungsbeiträgen sind bei den Ausländern aber besonders stark besetzt: 22,3 Prozent der Ausländer gehören zu den Jahrgängen von 20 bis 30 Jahren, dagegen nur 12,4 Prozent der Deutschen.

Gewichtet man die altersspezifischen ferneren Finanzierungsbeiträge mit den aktuellen Kohortenstärken, ist der durchschnittliche künftige Beitrag der Ausländer zu den öffentlichen Haushalten positiv. Im Barwert sind die von der heutigen Bevölkerung bis ans Lebensende noch geleisteten Steuern und Beiträge pro Kopf um 11.600 Euro höher als die bis ans Lebensende noch empfangenen Transfers. Dieser Betrag ist deutlich kleiner als der fernere Finanzierungsbeitrag der Deutschen pro Kopf (68.200 Euro). Dennoch: bei 7,2 Millionen Ausländern in Deutschland ergibt sich langfristig ein Überschuss für die öffentlichen Haushalte im Gegenwartswert von 84 Milliarden Euro.

Positive Bilanz trotz unzureichender Zuwanderungs- und Integrationspolitik

Daher zeigt die Bilanz des Finanzierungsbeitrags der in Deutschland lebenden Ausländer zu den öffentlichen Haushalten ein positives Bild. Trotz erheblicher Beschäftigungsschwierigkeiten, die im Vergleich zur deutschen Bevölkerung zu einer hohen In-

anspruchnahme von Arbeitslosengeld und Leistungen der sozialen Grundsicherung führen, stellt diese Bevölkerungsgruppe insgesamt betrachtet keine Belastung für das Staatsbudget dar.

Bei einem geschätzten laufenden Finanzierungsbeitrag von 2.000 Euro pro Kopf übersteigen die von den rund 7,2 Millionen Ausländern geleisteten Steuern und Beiträge die empfangenen Transfers derzeit um 14,1 Milliarden Euro. Selbst wenn man berücksichtigt, dass sich dieser Überschuss in den kommenden Jahren verringern wird, weil auch die ausländische Bevölkerung einen Alterungsprozess durchläuft, bleibt der Finanzierungsbeitrag eindeutig positiv.

Es kann angenommen werden, dass der errechnete Wert von 11.600 Euro pro Kopf oder 84 Milliarden Euro insgesamt nur die Untergrenze des künftigen Finanzierungsbeitrags der Ausländer darstellt. Die deutsche Finanzpolitik ist gegenwärtig nicht nachhaltig. Das heißt, die heutigen Steuer- und Beitragssätze werden auf Dauer nicht ausreichen, um das staatliche Ausgabeniveau zu halten und die Zinsen auf die bestehende Staatschuld zu bedienen. Daher werden in Zukunft höhere individuelle Finanzierungsbeiträge, etwa durch die geplante Absenkung des Rentenniveaus oder steigende Krankenversicherungsbeiträge, eingefordert – Ausländer inbegriffen. Darüber hinaus sind die im Status quo ermittelten Überschüsse so groß, dass auch mögliche ausländerspezifische öffentliche Ausgaben, die keine Transfers darstellen und daher in der Bilanz nicht berücksichtigt werden, gedeckt sein dürften.

Dieser positive Zuwanderungseffekt wird derzeit auf der Basis einer unter ökonomischem Blickwinkel unzureichenden Zuwanderungspolitik erzielt. Würde Deutschland eine aktive Auswahl von Zuwanderern und vor allem auch die Integration der Zuwanderer unter Arbeitsmarktaspekten vorantreiben, ließe sich dieser Effekt noch wesentlich steigern. Darüber hinaus würde durch eine bessere Integration der Ausländer in den Arbeitsmarkt die Transferabhängigkeit verringert. Bei einer Angleichung der Beitragsniveaus läge der laufende Finanzierungsbeitrag pro Kopf, aufgrund ihrer günstigen Altersstruktur, dann sogar höher als in der deutschen Bevölkerung. Diese einfache Rechnung zeigt: Hilfen zur Arbeitsmarktintegration der Ausländer, allem voran eine Verbesserung des Ausbildungsniveaus, stellen eine lohnende Investition für Staat und Gesellschaft dar. Eine geregelte Zuwanderungspolitik aber bleibt das Fundament und präjudiziert den Erfolg der Integration.

Die Rolle des Dienstleistungssektors in Europa und den USA

Der Übergang von einer fertigungs- zu einer servicedominierten Wirtschaft hat in den meisten hochentwickelten Volkswirtschaften einen grundlegenden Wandel der Beschäftigungsstruktur hervorgerufen. Zu Beginn des neuen Jahrtausends arbeiteten in vielen OECD-Ländern bereits drei Viertel der Angestellten im Dienstleistungsbe- reich. Auch die Schaffung neuer Arbeits- plätze findet heute überwiegend in diesem Sektor statt. Sowohl in Europa als auch in den USA ist der kontinuierlich wachsende Anteil der Arbeitsplätze im Servicebereich an der Gesamtbeschäftigung mit einem starken Rückgang der Zahl der Arbeits- plätze in Industrie und Landwirtschaft einhergegangen. Dabei hat sich der Be- schäftigungsanteil der Dienstleistungen in den europäischen Staaten sukzessive dem US-amerikanischen Niveau angenähert. Dennoch weisen die Dienstleistungssektoren in den USA und Europa noch erhebliche Unterschiede auf. Um neue Beschäftigung in Europa zu generieren, kommt es auch darauf an, diese Kluft zu überwinden.

Einem aktuellen IZA Discussion Paper von *Antonello D'Agostino* (Central Bank and Financial Services Authority of Ireland), *Roberta Serafini* (EZB und ISAE) und *Melanie Ward* (EZB und IZA) zufolge sind es vor allem die institutionellen Rahmenbedingungen in Europa, die eine zukunftssichere Verlagerung von Arbeitsplätzen vom produzierenden in den Dienstleistungssektor behindert haben. Die Studie zeigt, dass sowohl die Differenzen im Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als auch im Staatsverbrauch stark positiv zur Kluft zwischen den Beschäftigungsanteilen der Dienstleistungssektoren in den USA und Europa beitragen. Dieses Ergebnis unterstreicht die Bedeutung des Wirtschaftswachstums für die Arbeits- platzschaffung und stützt die Hypothese, dass die Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens und das private Konsumniveau in Europa im Vergleich zu den USA während der letzten zehn Jahre günstig dazu beigetragen haben, den Abstand des Beschäftigungsanteils im Dienstleistungssektor zu verringern. Der Produktivitätsabstand zwischen den USA und Europa im Bereich des Industrie- und Dienstleistungssektors ist in diesem Zusammenhang von etwas geringerer Bedeutung. Dies weist darauf hin, dass die fallende relative Produktivität im europäischen Dienstleistungssektor gegenüber den USA auch zur Schließung des Ab- standes zwischen dem amerikanischen und dem europäischen Beschäftigungsanteil im Dienstleistungssektor in den letzten Jahren beigetragen hat.

Um die Unterschiede zwischen Beschäf-

tigungsanteilen mehrerer Länder bei fast identischen Einkommensniveaus und Pro- duktivitätswachstumsraten zu erklären, muss die Rolle anderer, möglicherweise relevanter Determinanten geklärt werden. Dies leisten die Autoren am Beispiel der Faktoren Gewerkschaftsaktivität und Kün- digungsschutz. Zwei verschiedene Dimen- sionen von Gewerkschaftsaktivität – der Grad der Zentralisierung der Tarifverhand- lungen und die Gewerkschaftsdichte – wer- den dabei analysiert. Es zeigt sich, dass die Beschäftigung im Dienstleistungssektor in einem stark zentralisierten oder aber stark dezentralisierten Tarifverhandlungssystem am höchsten ausfällt, in dem sich die Ge- werkschaften mehr um Aspekte nationaler Wettbewerbsfähigkeit und Inflation bezie- hungsweise um Arbeitsproduktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Betriebes sor- gen, was in beiden Fällen zu begrenzteren Lohnänderungen führen mag. In Bezug auf den Grad der Gewerkschaftsdichte finden die Autoren einen negativen Effekt auf den Beschäftigungsanteil des Dienstleistungs- sektors. Dieses Ergebnis gilt vor allem in Branchen wie dem Hotel- und Gastrono- miewesen und lässt die Schlussfolgerung zu, dass die auf den Einfluss der Gewerk- schaften zurückzuführende Lohnkomp- ression in Europa zu einem Rückgang von Arbeitsplätzen am unteren Ende der Quali- fikationsskala im europäischen Dienstleis- tungssektor geführt hat.

Darüber hinaus dürfte, so die Annahme, ein in Europa strengerer Kündigungsschutz die Neuverteilung von Beschäftigung dort erschwert und sich somit erheblich auf die im Vergleich zu den USA rückständige Entwicklung des Beschäftigungsanteils bei Dienstleistungen ausgewirkt haben. Zwar reduziert ein ausgebauter Kündigungsschutz kurzfristige Arbeitslosigkeit, doch durch die Verminderung von Einstellungen führt er zugleich zu einer Erhöhung der langfristigen Arbeitslosigkeit und setzt somit unzureichende Anreize zur Anpassung der Belegschaftsgröße in Reaktion auf zy- klische und strukturelle Veränderungen des Arbeitsmarktes. Die Studie kommt hier zu dem Ergebnis, dass ein relativ strikt ge- fasster Kündigungsschutz in der Tat einen negativen Einfluss auf die Beschäftigung im europäischen Dienst- leistungssektor in den Bereichen Finanzen, Versicherungen, Immo- bilien und Handel sowie im Ausbildungsbereich genommen hat.

Ein weiterer Grund für

die Probleme Europas, in Landwirtschaft und Industrie freigesetzte Arbeiter an anderer Stelle wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, ist der Untersuchung zufolge in dem vergleichsweise großen Mangel an Fle- xibilität auf der Arbeitsangebotsseite zu se- hen, sich an die neuen Herausforderungen und Aufgabenprofile der Dienstleistungs- gesellschaft anzupassen. Dies belegt die Studie anhand eines entsprechenden „Mis- match-Indikators“. Das Qualifikations- niveau der Erwerbspersonen – hier durch die durchschnittliche Schulbesuchszeit emuliert – hat deutlich positive Auswirkun- gen auf den Gesamtbeschäftigungsanteil des Dienstleistungssektors, vor allem im Bereich der Produzentendienstleistungen. Andererseits spielen im Falle personenbe- zogener Dienstleistungen weder Mismatch- Effekte noch der Bildungsgrad eine ernst- hafte Rolle, da hier ohnehin überwiegend einfache Arbeitsplätze entstehen.

Betrachtet man nur das letzte Jahrzehnt der Entwicklung des Dienstleistungssektors in Europa, so gilt es festzuhalten, dass die relative Entwicklung des Pro-Kopf-Ein- kommens und der Produktivität einen er- heblichen Beitrag dazu geleistet hat, die zuvor entstandene Kluft zwischen den eu- ropäischen und amerikanischen Beschäf- tigungsanteilen des gesamten Dienstleis- tungssektors spürbar zu verringern. In dem Maße, wie die europäische Politik – etwa im Rahmen der Europäischen Beschäftigungs- initiative – institutionelle Hürden für neue Beschäftigung abbauen konnte, verringerte sich der Rückstand gegenüber den USA. Das dramatisch geringere Niveau des Ar- beitnehmerschutzes und des gewerkschaft- lichen Organisationsgrades in den USA sowie die niedrigen Bildungsabschlüsse in einigen europäischen Ländern lassen je- doch nicht die Erwartung zu, dass die Kluft zu den Vereinigten Staaten in absehbarer Zeit ganz geschlossen werden könnte. Die USA werden somit auch künftig stärker von der Dynamik des Dienstleistungssektors profitieren als (West-)Europa.



IZA

Antonello D'Agostino,
Roberta Serafini, Melanie Ward

**Sectoral Explanations
of Employment in Europe:
The Role of Services**

IZA Discussion Paper No. 2257
▶ ftp.iza.org/dps/dp2257.pdf

Afrikanische Doktoranden zu Forschungsaufenthalt am IZA

Im Rahmen des vom IZA gemeinsam mit der Weltbank und dem African Economic Research Consortium (AERC) durchgeführten Projekts zum Aufbau arbeitsökonomischer Kompetenz in Subsahara-Afrika (siehe IZA Compact Oktober 2006) absolvierten zwei afrikanische Doktoranden vom 1. November bis zum 15. Dezember einen sechswöchigen Forschungsaufenthalt am IZA. Die vom AERC ausgewählten Nachwuchsökonominnen *Miracle Ntuli* (Universität Kapstadt, Südafrika) und *Benjamin Fomba Kamga* (Universität Yaounde II, Kamerun) hatten im Juni bereits den in Nairobi angebotenen Intensivkurs des IZA in Arbeitsökonomie besucht und konnten nun die einzigartige Forschungsinfrastruktur

des IZA und den Erfahrungsaustausch mit den etablierten IZA-Wissenschaftlern dazu nutzen, ihre Dissertationen gezielt voranzutreiben.

Anlässlich eines Weltbank-Workshops zum Thema „Job Creation in Africa“, der vom 27.-28. November in Frankfurt stattfand, überreichten *Robert Holzmann* (Weltbank und IZA) und IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* den beiden Studenten Urkunden

in Anerkennung ihres erfolgreichen Forschungsaufenthalts.



Holzmann, Schmitt (GTZ), Zimmermann, Fomba Kamga, Ntuli, Ndungu (AERC)

IZA Tower Talk: Mehr Gerechtigkeit in der Familienpolitik

Auf Einladung des IZA referierte *Jürgen Borchert*, Richter am hessischen Landessozialgericht in Darmstadt und ausgewiesener Experte in Fragen der Familienpolitik, am 24. Oktober 2006 in der Bonner Konzernzentrale der Deutschen Post World Net zum Thema „Armut für alle? Wie die Familienpolitik Freiheit und Wohlstand untergräbt“.

Borchert geißelte die krasse Benachteiligung von Eltern im Steuer- und Sozialsystem. Es sei alles andere als sozial fair, wenn berufstätige Eltern gleich doppelt belastet werden: Einerseits haben sie in gleichem Umfang wie kinderlose Zahlungen in die Rentenversicherungskassen vorzunehmen, andererseits tragen sie erhebliche finanzielle Belastungen durch die Erziehung von Kindern, die später auch die Rente der kinderlosen erwirtschaften. Borchert rechnete vor, dass 80 Prozent aller Staatseinnahmen insbesondere Familien stark belasten und sprach in diesem Zusammenhang von de-

ren „wirtschaftlicher Strangulation“. Dieses Ungleichgewicht werde sich im Zuge der wachsenden Bedeutung der indirekten Besteuerung sogar noch weiter verschärfen, da Familien von Verbrauchssteuern ungleich stärker betroffen seien als Einzelpersonen. Borchert stellte die These auf, dass die gegenwärtige, unzureichende steuerliche Umverteilung zugunsten von Familien ganz vermieden werden könne, wenn die Bemessung bei Steuern und Sozialbeiträgen nach der Leistungsfähigkeit – also unter Berücksichtigung der Kinderzahl – erfolgen würde. Doch statt dessen werde staatlicherseits die Kinderlosigkeit „gefördert“, mit dem Ergebnis, dass Deutschland als ein Land, das nur „mit den Fabriken zwischen den Ohren“ wuchern könne, an Humankapital weiter einbüße.

Um den Familien einen größeren Einfluss auf die Politik zu geben, plädierte Borchert für die Einführung des Familienwahlrechts, bei dem Eltern zusätzlich das Wahlrecht ih-

rer Kinder bis zu deren Volljährigkeit wahrnehmen könnten.



IZA Tower Talk

Jürgen Borchert ist Richter am hessischen Landessozialgericht in Darmstadt und dort auf sozial- und familienrechtliche Fragen spezialisiert. Er ist einer der prominentesten Streiter für mehr Gerechtigkeit in der deutschen Familienpolitik und Sozialversicherung.

Deutsche „Exzellenzinitiative“ fördert Bonn Graduate School of Economics

Eine Erfolgsgeschichte setzt sich fort: Die Bonn Graduate School of Economics (BGSE), 1998 mit Unterstützung der Deutschen Post World Net gegründet und seitdem kontinuierlich von Post und IZA

gefördert, zählt zum exklusiven Kreis der deutschen Graduiertenschulen, die künftig im Rahmen der neuen „Exzellenzinitiative“ von Bund und Ländern weiter aufgewertet werden. Das IZA wird auch künftig eng mit

der Graduate School kooperieren, eigene Lehrveranstaltungen anbieten und ausgewählten Doktoranden die Forschungsinfrastruktur des Instituts zur Verfügung stellen.

Künftige IZA Konferenzen und Workshops

23. – 29. April 2007:	10th IZA European Summer School in Labor Economics	Deadline: 01.02.2007	Buch/Ammersee
21. – 22. Mai 2007:	Fourth IZA Annual Migration Meeting (AM ²)	Deadline: 15.02.2007	IZA, Bonn
25. – 26. Mai 2007:	IZA Workshop: Behavioral and Organizational Economics	Deadline: 29.01.2007	IZA, Bonn
30. Mai – 02. Juni 2007:	IZA Topic Week: Nonmarket Time in Economics		IZA, Bonn
07. Juni 2007:	IZA Workshop: Child Labor in Developing Countries	Deadline: 05.02.2007	IZA, Bonn
08. – 09. Juni 2007:	IZA Workshop: Heterogeneity in Micro Econometric Models	Deadline: 31.01.2007	IZA, Bonn
08. – 09. Juni 2007:	IZA/World Bank Conference on Employment and Development	Deadline: 31.01.2007	Bonn
21. – 24. Juni 2007:	Sixth IZA/SOLE Transatlantic Meeting of Labor Economists	Deadline: 26.01.2007	Buch/Ammersee



Mitarbeiterbeteiligung – ein Patentrezept?

Der „Investivlohn“ bzw. die Mitarbeiterbeteiligung in Form einer Gewinn- oder Kapitalbeteiligung wird häufig als Königsweg zu mehr Wachstum und Beschäftigung bei sozialem Ausgleich angesehen. Die Debatte darum hat derzeit innerhalb der Parteien der großen Koalition in Deutschland Hochkonjunktur. Neue gesetzliche Regelungen sind deshalb über Nacht in greifbare Nähe gerückt.

Tatsächlich gibt es ein Defizit: Zur Zeit bieten nur etwa 10 Prozent der deutschen Betriebe mit mehr als 200 Beschäftigten allen Mitarbeitern Kapitalbeteiligungsmodelle an, knapp 18 Prozent der Betriebe verfügen über ein entsprechendes Angebot an Gewinnbeteiligungsformen für ihre Belegschaft. Das ist im europäischen Vergleich herzlich wenig. Allerdings ist dieser Vergleich nicht immer fair: In Ländern wie Großbritannien und Frankreich sind große Kapitalgesellschaften wesentlich häufiger vertreten, und es greifen teilweise umfangreiche staatliche Förderprogramme und gesetzliche Verpflichtungen der Unternehmen.

Was kann man von mehr Mitarbeiterbeteiligung erwarten? Empirische Studien dokumentieren positive Wirkungen auf Motivation, Ausfallquoten, Fluktuationen, Innovationen und Humankapitalbildung, Beschäftigung, Rentabilität und Produktivität insbesondere in kleineren und mittleren Betrieben. Die gestärkte Motivation und Identifikation mit dem Betrieb läßt auch die Bereitschaft wachsen, notwendige strukturelle Anpassungsprozesse auf betrieblicher und gesamtwirtschaftlicher Ebene mitzutragen. Gleichzeitig ziehen Mitarbeiter beteiligende Betriebe besonders leistungswillige Arbeitnehmer an.

Als Element einer flexiblen Tarifpolitik können Gewinnbeteiligungsmodelle moderate Lohnabschlüsse flankieren und als „konjunktureller Puffer“ wirken. Zurückhaltende Lohnerhöhungen können auf diese Weise

unter günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch variable Gewinnbeteiligungselemente aufgestockt werden, ohne dass sie die Betriebe in schlechteren Zeiten durch zu hohe Lohnsteigerungen überfordern.

Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer sind allerdings nicht unproblematisch. Das mit zu tragende unternehmerische Risiko impliziert auch Verluste bis hin zur Insolvenz. Nicht zufällig sind Beteiligungen der Belegschaften an größeren, börsennotierten Aktiengesellschaften am weitesten verbreitet. Hier sind die Unternehmensanteile leicht handel- und übertragbar. Wesentlich umständlicher gestaltet sich dies bei kleineren, nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften und vor allem bei Personengesellschaften, bei denen eine Beteiligung zudem auf organisatorische Schwierigkeiten und Akzeptanzprobleme seitens der Betriebsinhaber stoßen kann. Damit wird eine Kapitalbeteiligung als Instrument dort am ehesten einsetzbar, wo sie als Motivationsinstrument am wenigsten wirksam ist.

Dennoch ist mehr Mitarbeiterbeteiligung überfällig, auch und vor allem als eine zeitgemäße Form betrieblicher Mitbestimmung. Freiwillige Lösungen auf Unternehmensebene sind neuen staatlichen Subventionen oder gesetzlichen Verpflichtungen der Unternehmen vorzuziehen. Kapitalbeteiligungen über unabhängige, wettbewerblich operierende Aktienfonds wären der einfachste Weg zur Risikoabsicherung der Arbeitnehmer und der Erhaltung ihrer beruflichen Mobilität. Dies wäre auch ein neues Standbein für die Altersvorsorge. Erfolgsabhängige Lohnabschlüsse könnten die Arbeitnehmer darüber hinaus noch besser am kurzfristigen Unternehmenserfolg beteiligen.



Klaus F. Zimmermann



Institut zur Zukunft der Arbeit



Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
Redaktion: Holger Hinte, Mark Fallak
Adresse: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 - 38 94 222
Fax: +49 (0) 228 - 38 94 180
E-Mail: compact@iza.org
Internet: www.iza.org
Grafiken/Fotos: IZA
Druck: Verlag Andrea Dynowski, Köln
Layout: IZA